

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 21. April 1999

Verzeichnis der Fragenden

Abgeordnete	Nummer der Frage	Abgeordnete	Nummer der Frage
Austermann, Dietrich (CDU/CSU)	58, 59	Kutzmutz, Rolf (PDS)	40, 41
Barthle, Norbert (CDU/CSU)	71	Dr. Laufs, Paul (CDU/CSU)	3, 4
Dr. Bartsch, Dietmar (PDS)	48, 49	Lippmann-Kasten, Heidi (PDS)	13, 14
Dr. Böhmer, Maria (CDU/CSU)	73, 74	Mante, Winfried (SPD)	63, 64
Börnsen, Wolfgang (Bönstrup)(CDU/CSU)	25, 26	Dr. Mayer, Martin (Siegertsbrunn) (CDU/CSU)	23, 24
Dr. Brauksiepe, Ralf (CDU/CSU)	31, 32	Meckelburg, Wolfgang (CDU/CSU)	52, 53
Dörflinger, Thomas (CDU/CSU)	68	Michelbach, Hans (CDU/CSU)	51, 57
Elser, Marga (SPD)	69, 70	Ostrowski, Christine (PDS)	6, 7
Dr. Fink, Heinrich (PDS)	44, 50	Otto, Hans-Joachim (Frankfurt)(F.D.P.)	72
Flach, Ulrike (F.D.P.)	17	Pofalla, Ronald (CDU/CSU)	35, 36
Dr. Friedrich, Hans-Peter (Hof) (CDU/CSU)	54, 77	Dr. Rössele, Uwe-Jens (PDS)	8, 62
Fromme, Jochen-Konrad (CDU/CSU)	55, 56	Schnieber-Jastram, Birgit (CDU/CSU)	78, 79
Gehrcke-Reymann, Wolfgang (PDS)	11, 12	Dr. Schwaetzer, Irmgard (F.D.P.)	80, 81
Geis, Norbert (CDU/CSU)	27, 28	Siemann, Werner (CDU/CSU)	5
Hedrich, Klaus-Jürgen (CDU/CSU)	45, 46	Dr. Solms, Hermann Otto (F.D.P.)	60, 61
Heinrich, Ulrich (F.D.P.)	18, 19	Sothmann, Bärbel (CDU/CSU)	20, 21
Hinsken, Ernst (CDU/CSU)	22	Störr-Ritter, Dorothea (CDU/CSU)	1, 2
Dr. Höll, Barbara (PDS)	9, 10	Strobl, Thomas (CDU/CSU)	75, 76
Hofbauer, Klaus (CDU/CSU)	67	Voßhoff, Andrea Astrid (CDU/CSU)	33, 34
Kauder, Volker (CDU/CSU)	29, 30	Westrich, Lydia (SPD)	65, 66
von Klaeden, Eckart (CDU/CSU)	37, 38	Widmann-Mauz, Annette (CDU/CSU)	15, 16
Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	39, 47	Dr. Wolf, Winfried (PDS)	42, 43

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr Bau, und Wohnungswesen	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	6
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	7
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung	16

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

1. Abgeordnete
**Dorothea
Störr-Ritter**
(CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung die Mittelausstattung des Programms zur Sanierung der Lärmschutzmaßnahmen entlang bestehender Eisenbahnstrecken der Deutschen Bahn AG – laut Haushaltsplanentwurf 100 Mio. DM – für ausreichend, um die notwendigen Maßnahmen zu finanzieren?

2. Abgeordnete
**Dorothea
Störr-Ritter**
(CDU/CSU)

Nach welchen Kriterien werden die betroffenen Gemeinden in das Programm aufgenommen, und welche Mitwirkungsmöglichkeiten haben sie?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

3. Abgeordneter
**Dr. Paul
Laufs**
(CDU/CSU)

Welche Gutachter hat das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) mit der erneuten Prüfung der Sach- und Rechtslage für den Betrieb des Kernkraftwerkes Biblis A beauftragt, bevor zehn frühere bundesaufsichtliche Weisungen zurückgezogen wurden?

4. Abgeordneter
**Dr. Paul
Laufs**
(CDU/CSU)

Welche neuen sicherheitstechnischen Erkenntnisse dieser Überprüfung veranlaßten das BMU, von seiner bisherigen Auffassung abzuweichen, die von umfangreichen Gutachten u. a. der Gesellschaft für Reaktorsicherheit sowie den Entscheidungen des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs vom 25. März 1997 gestützt wurde?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

5. Abgeordneter
**Werner
Siemann**
(CDU/CSU)
- Reichen die im Verteidigungsausschuß interfraktionell beschlossenen zusätzlichen Dienstposten für den Haushalt 1999 für Offiziere des Truppendienstes, des militärfachlichen Dienstes und für die Laufbahn der Unteroffiziere aus, damit diese Soldaten nicht nur den für ihre Laufbahn vorgesehenen Enddienstgrad, sondern auch die Zwischendienstgrade in angemessenen Zeitabständen erreichen?
6. Abgeordnete
**Christine
Ostrowski**
(PDS)
- In welchem Zusammenhang steht nach Auffassung der Bundesregierung die Zerstörung von Donaubrücken und Heizkraftwerken mit dem erklärten Ziel der NATO, eine humanitäre Katastrophe über die Zerstörung der militärischen Infrastruktur der Bundesrepublik Jugoslawien abzuwenden?
7. Abgeordnete
**Christine
Ostrowski**
(PDS)
- Nach welchen Kriterien lassen sich nach Auffassung der Bundesregierung militärische und zivile Angriffsziele bei den NATO-Luftoperationen unterscheiden?
8. Abgeordneter
**Dr. Uwe-Jens
Rössel**
(PDS)
- Wie hoch sind bisher die Belastungen des Bundeshaushalts aus der deutschen Beteiligung an der militärischen Umsetzung eines Rambouillet-Abkommens für den Kosovo sowie an NATO-Operationen im Rahmen der Notfalltruppe (Extraction Force)? *)
9. Abgeordnete
**Dr. Barbara
Höll**
(PDS)
- Auf welcher Grundlage (Truppenkontingent, Ausrüstung, Bewaffnung, Zeitdauer des Einsatzes etc.) erfolgte die bisherige Ansetzung der Kosten für den Kosovo-Einsatz der Bundeswehr?
10. Abgeordnete
**Dr. Barbara
Höll**
(PDS)
- Wie hoch liegen die Gesamtausgaben für diesen Militäreinsatz gegenwärtig pro Tag?

*) s. hierzu auch Frage 62

11. Abgeordneter
Wolfgang Gehrcke-Reymann
(PDS) Trifft es zu, daß die UCK seit dem März 1999 logistisch durch die NATO unterstützt wird?
12. Abgeordneter
Wolfgang Gehrcke-Reymann
(PDS) Wie bewertet die Bundesregierung die Rekrutierung neuer UCK-Kämpfer in den von der NATO organisierten Flüchtlingslagern?
13. Abgeordnete
Heidi Lippmann-Kasten
(PDS) Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die alliierten Streitkräfte bei ihren Kampfeinsätzen im Kosovo auch Geschosse bzw. Marschflugkörper mit angereichertem Uran verwenden?
14. Abgeordnete
Heidi Lippmann-Kasten
(PDS) Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Schäden vor, die durch diese radioaktive Munition unmittelbar und mittelbar angerichtet werden?
15. Abgeordnete
Annette Widmann-Mauz
(CDU/CSU) Welche Konsequenzen wird die Bundesregierung aus der von der Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, Claire Marienfeld, in ihrem jüngsten Jahresbericht festgestellten mangelnden politischen Bildung der Soldaten ziehen?
16. Abgeordnete
Annette Widmann-Mauz
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die politische Bildungsarbeit der „Arbeitsgemeinschaft Staat und Gesellschaft“ (ASG)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

17. Abgeordneter
Ulrike Flach
(F.D.P.) Plant die Bundesregierung eine Veränderung des Turnus, des Berichtszeitraums, der Form oder der Systematik des Berichts über die Erfahrungen mit dem Gentechnikgesetz, der seit 1993 alle drei Jahre vorgelegt werden muß?

18. Abgeordneter
**Ulrich
Heinrich**
(F.D.P.)
- Wie stellt sich die Bundesregierung zur Etablierung von „Schwellenwerten“ beim Nachweis von gentechnisch bedingter „Fremd-DNA“ in pflanzlichen Rohstoffen, und welche Auskunft kann sie hinsichtlich der konkreten Werte und des Zeitpunkts von deren Inkrafttreten geben?
19. Abgeordneter
**Ulrich
Heinrich**
(F.D.P.)
- Welche Behörden sollen hinsichtlich der Monitoringbestrebungen (sowohl zulassungs- als auch anbaubegleitendes Monitoring) für den Anbau transgener Pflanzen im Freiland involviert sein und vor allem, wo werden die Grenzen des Monitorings sein, um keine überzogenen Anforderungen insbesondere für mittelständische Pflanzenzüchter zu stellen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

20. Abgeordnete
**Bärbel
Sothmann**
(SPD)
- Mit welchen Maßnahmen will die Bundesregierung – angesichts der gravierenden Unterrepräsentanz von Frauen in Führungspositionen von Hochschulen und Forschungseinrichtungen – die Frauenförderung nach dem Auslaufen des Hochschulsonderprogramms III weiterführen?
21. Abgeordnete
**Bärbel
Sothmann**
(SPD)
- Welche Konsequenzen wird die Bundesregierung aus der Feststellung der Bund-Länder-Konferenz ziehen, daß die Förderung von Frauen integraler Bestandteil aller hochschul- und forschungspolitischen Maßnahmen sein muß und nicht in begrenzte Sonderprogramme abgedrängt werden darf?
22. Abgeordneter
**Ernst
Hinsken**
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, wie im gewerkschaftlichen Info-Service „einblick“ vom 12. April 1999 veröffentlicht, daß von den 797000 Jugendlichen, die 1997/98 als Lehrstellenbewerber registriert waren, 380000 – also fast 50 Prozent – keine Lehrstelle gefunden haben, und wenn ja, wie verteilen sich diese auf die einzelnen Bundesländer?

23. Abgeordneter
Dr. Martin Mayer
(Siegertsbrunn)
(CDU/CSU)
- Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung für eine wettbewerbsfähige Nachfolge des europäischen Raumtransportsystems ARIANE 5, bei dem Deutschland mit knapp einem Viertel beteiligt ist?
24. Abgeordneter
Dr. Martin Mayer
(Siegertsbrunn)
(CDU/CSU)
- Wie will die Bundesregierung sicherstellen, daß im ESA-Programm FLTP, einem Programm für Technologieforschung und Systemstudien für künftige wiederverwertbare Raumtransportsysteme, ein angemessener deutscher Anteil gesichert wird?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

25. Abgeordneter
Wolfgang Börnsen
(Bönstrup)
(CDU/CSU)
- Nach welchen Kriterien bzw. durch welche Kontrollinstrumente werden Mittel im Rahmen des „Media II Programms“ der Europäischen Union (EU) an die einzelnen Mitgliedstaaten zur Filmförderung verteilt?
26. Abgeordneter
Wolfgang Börnsen
(Bönstrup)
(CDU/CSU)
- Wie hoch ist beim „Media II Programm“ der EU die exakte Rückflußquote der deutschen Einzahlungen?
27. Abgeordneter
Norbert Geis
(CDU/CSU)
- In welchem Umfang hat Bundesminister Bodo Hombach während seiner Zeit als Bundesminister Bezüge (Entschädigung, Aufwandsentschädigung, Übergangsgelder) aufgrund seines Landtagsmandats und seines Amtes als Landesminister erhalten?
28. Abgeordneter
Norbert Geis
(CDU/CSU)
- In welchem Umfang finden insoweit Verrechnungen oder Anrechnungen im Hinblick auf seine Bezüge als Bundesminister statt?
29. Abgeordneter
Volker Kauder
(CDU/CSU)
- Welche Unternehmen des Veba-Konzerns waren am Hausbau von Bundesminister Bodo Hombach, als er noch nicht Bundesminister war, beteiligt und aufgrund welcher Initiativen?

30. Abgeordneter
**Volker
Kauder**
(CDU/CSU)
- Wie begründet Bundesminister Bodo Hombach seine Behauptung, die Justiz – gemeint ist offenbar die in der sogenannten Veba-Immobilienaffäre ermittelnde Staatsanwaltschaft Bochum – gehe mit ihm „alles andere als fair“ um (vgl. DER SPIEGEL vom 1. Februar 1999), obwohl gegen ihn bisher kein strafrechtliches Ermittlungsverfahren eingeleitet wurde?
31. Abgeordneter
**Dr. Ralf
Brauksiepe**
(CDU/CSU)
- Ist Bundeskanzler Gerhard Schröder über das Gutachten der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft C & L Deutsche Revision AG vom März 1999 betreffend den Hausbau von Bundesminister Bodo Hombach informiert worden, und wenn ja, wann?
32. Abgeordneter
**Dr. Ralf
Brauksiepe**
(CDU/CSU)
- Trifft die im „Stern“ vom 11. März 1999 bezüglich des Bundeskanzlers aufgestellte Behauptung zu „bevor Schröder Hombach holte, fragte er ihn, ob mit dem Hausbau alles in Ordnung sei“, und falls ja, wie hat Bundesminister Bodo Hombach darauf reagiert?
33. Abgeordnete
**Andrea Astrid
Voßhoff**
(CDU/CSU)
- Wie erklärt Bundesminister Bodo Hombach, daß im März 1999 ein erneutes Gutachten der PwC Deutsche Revision AG bezüglich seines Hausbaus erstellt werden mußte, obwohl er das zu seinem Hausbau von der C & L Deutsche Revision AG im Juni 1998 erstattete Gutachten als „Freispruch erster Klasse“ (vgl. FAZ vom 13. Juni 1998) bewertet hat?
34. Abgeordnete
**Andrea Astrid
Voßhoff**
(CDU/CSU)
- Inwieweit schließen die Gutachten vom Juni 1998 und vom März 1999 aus, daß Kosten für Leistungen für den Hausbau von Bundesminister Bodo Hombach, als er noch nicht Bundesminister war, auf zum Veba-Konzern gehörende Unternehmen bzw. deren Projekte verlagert worden sind?
35. Abgeordneter
**Ronald
Pofalla**
(CDU/CSU)
- Womit belegt die Bundesregierung die vom Pressesprecher des Bundesministers Bodo Hombach unter dem 9. März 1999 aufgestellten Behauptungen, hinsichtlich der Hausbauangelegenheit versuche die CDU jetzt auch offen, die Verdachtsberichterstattung zu instrumentalisieren, und CDU-Abgeordnete hätten immer wieder versucht, falsche Beschuldigungen zu lancieren, die nur dem Ziel dienten, Bundesminister Bodo Hombach persönlich zu verunglimpfen?

36. Abgeordneter
Ronald Pofalla
(CDU/CSU) Wer sind die vom Pressesprecher erwähnten Zeugen, welche Vorwürfe in der Hausbauangelegenheit von Bundesminister Bodo Hombach zweifelsfrei widerlegen können?
37. Abgeordneter
Eckart von Klaeden
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß in der Verantwortung von Bundesminister Bodo Hombach Bundeskanzler Gerhard Schröder ein Papier vorgelegt wurde, in dem von einer Steuerung des Bundesrates und von einer laufenden Information über die Aktivitäten der Opposition durch Beobachtung der Fraktionen die Rede ist?
38. Abgeordneter
Eckart von Klaeden
(CDU/CSU) In welcher Weise geschahen ggf. die Steuerung des Bundesrates und die Beobachtung der Opposition?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

39. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU) In welchen Haushaltstiteln des Einzelplans des Auswärtigen Amts im Entwurf zum Bundeshaushaltsplan 1999 und in welcher Höhe sind Mittel als Hilfen für die deutschen Minderheiten in den Staaten Mittel- und Osteuropas sowie der ehemaligen Sowjetunion vorgesehen? *)
40. Abgeordneter
Rolf Kutzmutz
(PDS) Welche Folgen haben die Luftangriffe der NATO nach den Erkenntnissen der Bundesregierung auf die Lage der Menschen in der Bundesrepublik Jugoslawien kurzfristig, mittelfristig und langfristig?
41. Abgeordneter
Rolf Kutzmutz
(PDS) Wie viele Arbeitsplätze sind nach Schätzung der Bundesregierung durch die Zerstörung von Fabriken in der Bundesrepublik Jugoslawien durch Raketen und Bomben der NATO bisher verloren gegangen?
42. Abgeordneter
Dr. Winfried Wolf
(PDS) Welche Begründung gibt es für die im Rambouillet-Abkommen, Appendix B, vorgesehene weitreichende Einschränkung von Souveränitätsrechten der Bundesrepublik Jugoslawien über die Kosovo-Region hinaus, und war dieser Appendix B dem Deutschen Bundestag bekannt?

*) s. hierzu auch Frage 47

43. Abgeordneter
Dr. Winfried Wolf
(PDS)
- Bedeutet der von der Bundesregierung bemühte Vergleich zum Dayton-Abkommen, daß die Kosovo Implementation Force eine den SFOR-Truppen in Bosnien-Herzegowina vergleichbare Rolle in ganz Jugoslawien hätte spielen sollen?
44. Abgeordneter
Dr. Heinrich Fink
(PDS)
- Wurden vor dem Hintergrund der Behauptung der Bundesregierung, alle Möglichkeiten der Verhandlungen mit der Bundesrepublik Jugoslawien ausgeschöpft zu haben, in diese Verhandlungen auch die jugoslawische Friedensbewegung, die verschiedenen Kirchen Jugoslawiens, der Obermufti Jugoslawiens, der Papst, der ökumenische Rat der Kirchen und das europäische Bürgerforum in Jugoslawien einbezogen? *)
45. Abgeordneter
Klaus-Jürgen Hedrich
(CDU/CSU)
- Treffen nach Kenntnis der Bundesregierung Meldungen zu (so in der FAZ vom 16. März 1999), wonach mehr als 24 Immobilien armenischer bzw. anderer nichtmuslimischer Stiftungen in den vergangenen Jahren – aufgrund einer Verordnung aus dem Jahre 1936, die jedoch bis 1972 nicht angewendet wurde – in der Türkei enteignet worden sind (so u. a. ein siebenstöckiges Gebäude in der Fußgängerzone Istiklal Caddesi, das nun in den Besitz des türkischen Schatzamts übergegangen ist)?
46. Abgeordneter
Klaus-Jürgen Hedrich
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung darüber hinaus bekannt, daß diese Enteignungen hauptsächlich in den Stadtteilen stattfinden, deren Grundstückspreise besonders hoch liegen, und wie beurteilt sie diese Vorgänge unter dem Aspekt des Minderheitenschutzes in der Türkei?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

47. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU)
- Aus welchen Gründen hat der Bundesminister des Innern seine Abteilung „Vt“ in der Abteilung „SH“ (Spätaussiedler und Hilfen für deutsche Minderheiten) umbenannt, und unter welche

*) s. hierzu auch Frage 50

- innerministerielle Zuständigkeit fallen seit der Umbenennung die Angelegenheiten der deutschen Heimatvertriebenen und ihrer Organisationen? *)
48. Abgeordneter
Dr. Dietmar Bartsch
(PDS)
- Trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, daß Mitglieder bzw. Beauftragte der kosovo-albanischen Untergrundarmee UCK innerhalb der Bundesrepublik Deutschland aus dem Kosovo stammende Albaner in ihren Wohnungen aufsuchen – auch solche, die schon länger in Deutschland leben bzw. mit deutschen Frauen verheiratet sind und in Deutschland ihren Lebensmittelpunkt haben –, und sie nötigen, entweder sich für die UCK rekrutieren zu lassen mit dem Ziel eines Kampfeinsatzes im Kosovo oder sich gegen Zahlung einer bestimmten Geldsumme „freizukaufen“ – anderenfalls werden Repressalien angedroht –, und wie gedenkt die Bundesregierung ggf. Menschen zu schützen, die derartigem Druck nicht nachgeben wollen?
49. Abgeordneter
Dr. Dietmar Bartsch
(PDS)
- Trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, daß über in der Bundesrepublik Deutschland empfangbare elektronische Medien bzw. in der Bundesrepublik Deutschland legal erhältliche Printmedien in albanischer Sprache in Frage 48 genannte Rekrutierungsaufforderungen an in der Bundesrepublik Deutschland lebende Kosovo-Albaner ergehen, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung ggf., dies zu unterbinden?
50. Abgeordneter
Dr. Heinrich Fink
(PDS)
- Auf welche Weise beabsichtigt die Bundesregierung mit den jugoslawischen Deserteuren umzugehen? **)
51. Abgeordneter
Hans Michelbach
(CDU/CSU)
- Welche Kosten für den Steuerzahler entstehen durch das vorzeitige Ausscheiden vor der Altersgrenze von Oskar Lafontaine als Bundesminister der Finanzen und der ehemaligen beamteten Staatssekretäre Heiner Flassbeck und Dr. Claus No'e, und ist eine Kürzung von Gehalts- und Versorgungsansprüchen von kurzzeitigen Regierungsmitgliedern geplant?

*) s. hierzu auch Frage 39

**) s. hierzu auch Frage 44

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

52. Abgeordneter
**Wolfgang
Meckelburg**
(CDU/CSU)
- Wird für private Haushalte, die 630-DM-Kräfte beschäftigen und die durch die Neuregelung zu einer steuer- und versicherungsrechtlichen Betriebsstätte werden, das gezahlte geringfügige Entgelt auch zur steuerlich abzugsfähigen Betriebsausgabe, und wenn nein, warum nicht?
53. Abgeordneter
**Wolfgang
Meckelburg**
(CDU/CSU)
- Wie viele der bis zum 1. April 1999 im Rahmen eines sozialversicherungsfreien Beschäftigungsverhältnisses beschäftigten Arbeitnehmer werden nach Einschätzung der Bundesregierung bei ihrer nächsten Gehaltsabrechnung Steuern zu zahlen haben, bzw. wie viele werden von der Steuerfreiheit unmittelbar profitieren?
54. Abgeordneter
**Dr. Hans-Peter
Friedrich
(Hof)**
(CDU/CSU)
- Wie viele Anträge auf Erteilung einer Freistellungsbescheinigung wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in den Finanzämtern gestellt und wie viele davon abschließend bearbeitet?
55. Abgeordneter
**Jochen-Konrad
Fromme**
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß – wie die BILD-Zeitung vom 7. April 1999 berichtet – aufgrund der neuen Lohnsteuerrichtlinien seit dem 1. Januar Zuschläge für Sonn-, Feiertags- und Nacharbeit ganz oder teilweise im Gegensatz zum Rechtszustand bis zum 31. Dezember 1998 lohnsteuerpflichtig geworden und darauf Sozialabgaben zu entrichten sind?
56. Abgeordneter
**Jochen-Konrad
Fromme**
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung es für vertretbar, in Kreisen der Wirtschaft den Eindruck zu erzeugen, daß im Rahmen der Unternehmenssteuerreform eine Nettoentlastung erfolgen wird, obwohl die eingesetzte Kommission nicht den Ausdrücklichen Auftrag hat, ein Nettoentlastungsvolumen vorzuschlagen und Gegenfinanzierungsmaßnahmen zu konzipieren?
57. Abgeordneter
**Hans
Michelbach**
(CDU/CSU)
- Ist ein Gesamtkonzept von Steuergesetzen bei der Familien- und Unternehmensbesteuerung mit echter Nettoentlastung ohne neue Steuererhöhung und Ehegattensplitting-Auflösung geplant?

- 58. Abgeordneter
Dietrich
Austermann
(CDU/CSU)** Welche Einschnitte in welche gesetzlichen Leistungen sollen durch ein Haushaltsstrukturgesetz im Rahmen der Haushaltsberatungen nach Meinung des Bundesministers der Finanzen im Jahr 1999 und im Jahr 2000 vorgenommen werden?
- 59. Abgeordneter
Dietrich
Austermann
(CDU/CSU)** Wie errechnet sich das strukturelle Haushaltsdefizit von 30 Mrd. DM, von dem durch Vertreter des Bundesministeriums der Finanzen in den letzten Wochen ständig gegenüber der Presse berichtet wird?
- 60. Abgeordneter
Dr. Hermann Otto
Solms
(F.D.P.)** Welche Be- und Entlastungswirkungen des Steuerentlastungsgesetzes 1999/2000/2002 ergeben sich, wenn bei deren Berechnung nicht auf das Entstehungsjahr, sondern wie üblich auf das Rechnungsjahr abgestellt wird und somit die kassenmäßigen Auswirkungen berücksichtigt werden?
- 61. Abgeordneter
Dr. Hermann Otto
Solms
(F.D.P.)** Wie verändert sich die vom Bundesminister der Finanzen errechnete Entlastung der mittelständischen Unternehmen in Höhe von 5,5 Mrd. DM durch das Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002, wenn realistischerweise belastende Maßnahmen (Einschränkung der Verlustverrechnung, Beseitigung der Zwei-Konten-Modelle, geänderte Besteuerung von Veräußerungsgewinnen, Einschränkung der nachträglichen Änderung von Bilanzen, Einführung des Wertaufholungsgebots, Einschränkung der Teilwertabschreibung, realitätsnähere Abschreibung von Rückstellungen, Abzinsungsgebot, Abschaffung der steuerneutralen Übertragung nach dem Mitunternehmererlaß, Aufhebung des Importwarenabschlags, umsatzsteuerliche Maßnahmen, Einschränkung steuerneutraler Übertragungen von stillen Reserven) ganz oder anteilig dem Mittelstand und nicht nur den privaten Haushalten oder den größeren Unternehmen zugerechnet werden?
- 62. Abgeordneter
Dr. Uwe-Jens
Rössel
(PDS)** Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung über die Finanzierung des von ihr angeregten „Marshallplanes“ für den Balkan, und welche Belastungen kämen voraussichtlich auf den Bundeshaushalt zu? *)

*) s. hierzu auch Frage 8

63. Abgeordneter
Winfried Mante
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, das Branntweinmonopol aus nationalem oder europäischem Interesse in seinem Grundsatz zu verändern und die Bundesmonopolverwaltung für Branntwein in diesem Zusammenhang umzustrukturieren bzw. zu verschlanken?
64. Abgeordneter
Winfried Mante
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, im Rahmen der laufenden Haushaltsberatungen auf eine Absenkung der Stützungsmittel in Höhe von zur Zeit 290 Mio. DM hinzuwirken, und wird dabei die besondere Situation der ostdeutschen Brennereien berücksichtigt, deren Investitionsaufwand in den letzten Jahren besonders hohe Belastungen erzeugte?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

65. Abgeordnete
Lydia Westrich
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß angesichts der verstärkten Schließung von Telefonzellen durch die Telekom gerade in kleinen Orten und Ortsteilen wie z.B. in der Verbandsgemeinde Pirmasens-Land, die öffentliche Telefonversorgung gefährdet ist?
66. Abgeordnete
Lydia Westrich
(SPD)
- Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um die öffentliche Telefonversorgung in den angesprochenen Gebieten sicherzustellen?
67. Abgeordneter
Klaus Hofbauer
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung Handlungsbedarf, um bei einer Schließung von Filialen der Deutschen Post A G wie z.B. in Kötzing und Umgebung (Kreis Cham), den Rückzug der Post aus der Fläche zu verhindern und den Umfang und die Qualität des bisherigen Dienstleistungsangebots der Post zu erhalten und für die Zukunft sicherzustellen, und wenn ja, welche Maßnahmen plant sie?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

- 68.** Abgeordneter
Thomas Dörflinger
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß es im deutsch-schweizer Grenzgebiet seit geraumer Zeit zu massivem Kauf landwirtschaftlicher Flächen durch schweizer Landwirte kommt, und plant die Bundesregierung in diesem Zusammenhang eine Änderung des Grundstücksverkehrsgesetzes dahin gehend, daß Bürger aus Nicht-E U-Staaten zukünftig von der Möglichkeit des Landkaufs in E U-Staaten ausgenommen werden, nachdem die erfolgten Änderungen der landwirtschaftlichen Subventionspolitik in der Schweiz allenfalls eine mittelfristige Lösung dieses Problems erwarten lassen?
- 69.** Abgeordnete
Marga Elser
(SPD)
- Wie stellt das Jagdrecht bzw. die Bundeswildschutzverordnung nach der Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes sicher, daß Federwild, das importiert wird, einem Vermarktungsverbot unterliegt, wie es in Artikel 6 der E G-Vogelschutzrichtlinie geregelt ist, und bis wann will die Bundesregierung das Jagdrecht an die E G-Vogelschutzrichtlinie anpassen?
- 70.** Abgeordnete
Marga Elser
(SPD)
- Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus der vom „Komitee gegen den Vogelmord“ bei der E U-Kommission eingelegten Beschwerde gegen die Nichteinhaltung zahlreicher Bestimmungen der E G-Vogelschutzrichtlinie durch das bundesdeutsche Jagdrecht, und wie will sie das nach der E G-Vogelschutzrichtlinie verbotene Abschießen von geschützten Entenarten, Bussarden, Graureihern und brütenden Wildtauben, Krähen und Eichelhähern ohne eine Änderung des Jagdrechts wirksam verhindern?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Sozialordnung**

71. Abgeordneter
**Norbert
Barthle**
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) alle rund 29 Millionen Angestellten, die bei der BfA versichert sind, über die demnächst zugehenden Unterlagen zur Sozialwahl 1999 angeschrieben hat, und wie steht das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung zum damit verbundenen finanziellen Aufwand (ca. 14,5 Mio. DM allein für Porto)?
72. Abgeordneter
**Hans-Joachim
Otto**
(Frankfurt)
(F.D.P.)
- Treffen Presseberichte zu, wonach die Bundesregierung plane, den Bundesanteil an der Finanzierung der Künstlersozialkasse abzusunken?
73. Abgeordnete
**Dr. Maria
Böhmer**
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, die von der Alterssicherungskommission der SPD im Mai 1997 vorgelegten Vorschläge zur Reform der Hinterbliebenenversorgung (Splitting-Modell) umzusetzen, und wie soll die Neuordnung der Hinterbliebenenversorgung konkret aussehen?
74. Abgeordnete
**Dr. Maria
Böhmer**
(CDU/CSU)
- Welche Möglichkeiten will die Bundesregierung ergreifen, um der gleichlautenden Entschließung des Deutschen Bundestages vom 21. Juni 1991 (Drucksache 12/837) und des Bundesrates vom 5. Juli 1991 (BR-Drucksache 390/91) nachzukommen und die Anerkennung von Zeiten der Kindererziehung und der Pflege in der Alterssicherung zu verbessern und die eigenständigen Anwartschaften von Frauen in der Rentenversicherung auszubauen?
75. Abgeordneter
**Thomas
Strobl**
(CDU/CSU)
- Was muß ein Arbeitnehmer konkret tun, der sich in einem geringfügigen Beschäftigungsverhältnis befindet und dies aufrecht erhalten will?
76. Abgeordneter
**Thomas
Strobl**
(CDU/CSU)
- Was muß ein privater Haushalt konkret tun, wenn er eine Arbeitskraft im Rahmen eines 630-DM-Vertrages weiterhin beschäftigen oder einstellen will?

77. Abgeordneter
Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Einschätzung des Instituts für Angewandte Wirtschaftsforschung Tübingen (IAW), daß einer der Hauptgründe für den erwarteten deutlichen Anstieg der Schwarzarbeit in diesem Jahr die Neuregelung der 630-DM-Jobs sei?
78. Abgeordnete
Birgit Schnieber-Jastram
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussage des Hauptverbandes des Deutschen Einzelhandels (HDE), daß von den 630-DM-Arbeitsplätzen im Einzelhandel mindestens jede dritte Stelle, das heißt rd. 150 000 Arbeitsplätze, wegfallen werden?
79. Abgeordnete
Birgit Schnieber-Jastram
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussage des Bundesverbandes des Gebäudereiniger-Handwerks (BIV), daß Betriebe durch die Neuregelung ihre vertraglichen Leistungen nicht mehr erbringen können, da die Arbeitnehmer ihre oft langjährigen Beschäftigungsverhältnisse kündigen?
80. Abgeordnete
Dr. Irmgard Schwaetzer
(F.D.P.)
- Treffen Presseberichte zu, daß der Sprecher der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Rezzo Schlauch, die Bundesregierung per Brief aufgefordert hat, eine Aufhebung der durch das Gesetz zu Korrekturen in der Sozialversicherung und zur Sicherung der Arbeitnehmerrechte eingeführten Vermutungsregelung in bezug auf Scheinselbständigkeit (§ 7 Abs. 4 SGB IV) herbeizuführen, und wird die Bundesregierung ggf. diesen Vorschlag aufgreifen und einige Berufe aus der Neuregelung ausklammern?
81. Abgeordnete
Dr. Irmgard Schwaetzer
(F.D.P.)
- Teilt die Bundesregierung die von Mitgliedern der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der zweiten Lesung des Gesetzes zur Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse am 4. März 1999 vertretene Auffassung, daß die Austräger von Wochenzeitungen unter die 50-Tage-Regelung (§ 8 Abs. 1 Nr. 2 SGB IV) fallen und damit grundsätzlich abgabenfrei sind, und welche Konsequenzen wird die Bundesregierung ziehen, wenn sich die Sozialversicherung dieser Auffassung beim Gesetzesvollzug nicht anschließt?

Bonn, den 16. April 1999